

Vereinfachung first *Omnibus I und II*

Die Europäische Kommission hat gestern die zwei ersten Omnibus-Vorschläge zu den Themen Nachhaltigkeit sowie Investitionsvereinfachung vorgelegt. Dazu erklären die Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM Europe), Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU):

„Mit dem Clean Industrial Deal und den ersten beiden Omnibus-Vorschlägen legt die Europäische Kommission zwei längst überfällige Maßnahmenpakete für den industriellen Mittelstand und KMU vor. Vor allem versucht sie sich erstmals seit langem im Bereich der kohärenten Gesetzgebung und versucht ambitionierte politische Ziele miteinander, aber vor allem mit der Realität in Einklang zu bringen. Günstigere Energie, verhältnismäßige Berichterstattung, die Vermeidung von Weitergabe-Effekten, einfachere Finanzierung - das fordern wir seit Jahren. Dem kommt die Kommission nach und nimmt stark umstrittene Gesetze sowie bestehende Finanzierungsmöglichkeiten in den Blick. Wichtig ist jetzt eine rasche Umsetzung. Aber auch Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Parteien im EU-Parlament, wenn es um die nachhaltige Entlastung von Unternehmen und um den Erhalt des sozialen Friedens geht. Wir unterstützen die Vereinfachungsoffensive ausdrücklich und fordern weitere Maßnahmen im Sinne Smarter Regulierung!“, so Marion Walsmann.

Markus Ferber: „Nachhaltigkeitsberichterstattung, EU-Lieferkettengesetz, Taxonomie und CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Das sind Initiativen, auf die vor allem KMU, mit Blick auf ihr Ausmaß und die überproportionalen Anforderungen, mit großer Verunsicherung schauen. Mit den Vorschlägen zur Entlastung von Industrie und Mittelstand, gesteht sich die Kommission ein, dass sie in den vergangenen Jahren weit über das Ziel hinausgeschossen ist, was Berichterstattungs- und Dokumentationspflichten für Unternehmen angeht. Sie rudert zurück und wirft dabei zwar nicht ihre Ziele über Bord, wohl aber die Herangehensweisen der vergangenen fünf Jahre. Zwei Maßgaben ziehen in den politischen Wortschatz des Gesetzgebers ein: Verhältnismäßigkeit und Kohärenz. Beides über die nächsten Jahre hinweg anzuwenden, muss oberste Priorität haben. Insbesondere dürfen die Vorschläge im weiteren Gesetzgebungsprozess nicht verschlimmbessert werden. Die Maxime lautet Vereinfachung - daran müssen sich auch alle wirtschaftlich und pragmatisch orientieren.“